

PROTESTE

GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG

SAMSTAG, 2. FEBRUAR 2013 IN MÜNCHEN

PATRIOT-STATIONIERUNG IN DER TÜRKEI Vorstufe für eine NATO-Intervention in Syrien?

In diesen Tagen werden zwei mobile PATRIOT-Flugabwehrsysteme in der Türkei, nahe der syrischen Grenze stationiert. AWACS-Flugzeuge mit deutscher Besatzung sollen außerdem per Radar den syrischen Luftraum nach anfliegenden Raketen, Flugzeugen und Hubschraubern abtasten. An den Einsätzen sollen bis zu 400 Bundeswehrsoldaten teilnehmen. Offiziell geht es bei der Stationierung der Patriot-Raketen, an der sich auch die USA und die Niederlande in ähnlicher Größenordnung beteiligen, um einen „rein defensiven Einsatz“ und um Bündnissolidarität mit dem NATO-Partner.

Dass die Türkei durch die Assad-Luftwaffe bedroht sei, ist ein geradezu absurder Rechtfertigungsversuch für die militärische Eskalationsstrategie vonseiten Deutschlands und der anderen NATO-Staaten. Die Propagandakampagne gegen Syrien ist ähnlich gestrickt wie die Lügenkampagne, mit der 2003 der Aggressionskrieg gegen den Irak gerechtfertigt wurde.

Der Südostfeiler der NATO

Die Türkei ist demgegenüber seit langem einer der wichtigsten Akteure der militärischen Auseinandersetzung im syrischen Bürgerkrieg. Die bewaffneten Aufständischen operieren von türkischem Boden aus. Von dort aus werden Operationen gegen das Assad-Regime geplant, koordiniert und bewaffnet. Die Waffenlieferungen kommen zwar vorwiegend aus den autokratischen Golfmonarchien, aber die Türkei ist der Rückzugsraum der Rebellen und die Versorgung, insbesondere der Nachschub mit Waffen wird über das türkische Grenzgebiet abgewickelt.



Das Libyen-Modell

Die Stationierung der Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze ist der erste Schritt zum militärischen Eingreifen. Unter dem Vorwand, ein NATO-Mitglied müsse „verteidigt“ werden, sollen de facto der seit langem in NATO-Kreisen geforderte Plan einer Flug-

verbotszone über Syrien durchgesetzt und sogenannte „sichere Häfen“ für die Aufständischen geschaffen werden.

Der Beschluss zur Errichtung einer Flugverbotszone war schon der Auftakt für die Bombenangriffe der NATO-Staaten gegen Libyen. Nach diesem Modell soll jetzt offensichtlich auch in Syrien vorgegangen werden.

US-Senator John McCain erläuterte Ende November: „Wir müssten nur Luftabwehrraketen in Stellung bringen ... Dann könnten wir am Boden ein [syrisches] Bengasi einrichten. Dort könnten sich die [syrischen] Rebellen organisieren, trainieren und bewaffnen ... und einen wirksamen Revolutionsrat

Kein Frieden mit der NATO

Aktiv werden gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“



AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

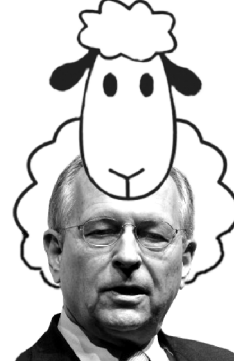
DEMO 02.02.

München 2013 13 Uhr Stachus
Schlusskundgebung ca. 15⁰⁰ Marienplatz

(UN)SICHERHEITSKONFERENZ ABSCHALTEN

Abgeschildert von tausenden Soldaten und Polizisten wird das Luxushotel Bayerischer Hof Anfang Februar wieder zur Bühne einer perversen Inszenierung. Hochrangige Politiker aus EU- und NATO-Staaten, Vertreter der Rüstungskonzerne, Lobbyisten von Wirtschaft und Großbanken und natürlich NATO-Militärs nutzen das exklusive Treffen, um ihre global-strategischen Interessen abzustimmen und Kriegsabsprachen zu treffen. Kriegsconferencier Ischinger ist das Schmieröl in diesem mörderischen Getriebe. Medienwirksam macht er auf Dialog und bittet neuerdings schon mal ein paar Menschenrechtler an den Katzentisch der Konferenz. Bezahlt wird er aber von anderen Kreisen. Von den rund 340 Teilnehmern der SiKo gehören 90% zur Großfamilie der NATO und EU. Deren Auftrag lautet: den Zugang zu Rohstoffen und damit den Vormachtsanspruch

des Westens angesichts neu entstehender Machtblöcke militärisch durchzusetzen, sei es mit Kriegen gegen Syrien oder Iran, sei es mit milliarden-teuren Rüstungsprojekten und Waffenexporten in Krisengebiete. – „Unsere Mittel reichen von freundlichen Worten bis hin zu Marschflugkörpern“, begeistert sich Merkel für die deutsche Führungsrolle in dieser Runde, bei der das



Wolfgang Ischinger,
der Konferenzleiter

Primat der Politik schon längst in das Recht des Stärkeren pervertiert wird. Ischinger nennt das unsere „Fähigkeit, Sicherheit in den Rest der Welt zu exportieren.“ Die verheerenden Folgen dieses Sicherheitsexports kann man an Afghanistan, Irak, Libyen oder den vielen Opfern der Drohneinsätze in

Westpakistan und Somalia ablesen. Aber wen interessiert da im Bayerischen Hof der „Rest der Welt“? Beim regelmäßigen von Krauss-Maffei und von EADS gespeisten Fünf-Gänge-Menü geht es nicht um zivile Konfliktlösung und gerechtes Wirtschaften. Die Fusion von EADS und BAE-Systems zum größten Rüstungskonzern der Welt ist Ischinger und den

Kreisen, für die er arbeitet, erklärtes Ziel: „Die europäische Rüstungsindustrie wird nur gedeihen, wenn wir (!) sie zusammenfügen“. Und am Ende gewinnt selbstverständlich immer die Bank. Wir fordern: Unsicherheitskonferenz abschalten! Occupy Warstreet! Kein Sektempfang für Kriegstreiber!

AFGHANISTAN: KEIN ENDE DES KRIEGES

Von wegen Abzug: Die Bundeswehr bleibt auch nach elf Jahren verheerenden Krieges in Afghanistan. Die Zahl der Angriffe auf die Koalitionstruppen am Hindukusch nimmt ebenso zu wie ihre Intensität – von 2007 bis 2012 habe sich laut WAZ-Mediengruppe die Zahl der Attacken verdreifacht.

Trotzdem lügt Guido Westerwelle in guttenbergscher Tradition: „Das Ende des Kampfeinsatzes in Afghanistan rückt in greifbare Nähe!“ Ein Teleskop-arm so lang wie seine Lügennase wäre dafür nötig. Tatsache ist: Die deutschen Truppen werden gerade einmal um 500 Soldaten (von 5.350 auf 4.900) reduziert, und der Krieg lediglich mit einem anderen Waffenmix fortgesetzt.

Die Kampftruppen der ISAF werden einfach zu Ausbildungstruppen umdeklariert, für die NATO wie Bundesregierung eine Folgemission bereits fest ins Auge gefasst haben. Dafür müssten laut BND bis zu 35.000 ausländische Soldaten unter NATO-Komman-

do als „Afghan NATO Training, Advisory and Assistance Mission“ bis weit über 2014 im Land stationiert bleiben.

Anders als die Bundesregierung gerne behauptet, unterscheiden sich deren Aufgaben kaum von den bisherigen. Zwar soll ein Schwerpunkt auf der von vielen Unwägbarkeiten wie sog. Insider-Attacken begleiteten Ausbildung afghanischer Milizen liegen. Doch der Bundeswehrverband fordert weiterhin Kampftruppen in Afghanistan, um „auf Krisen reagieren zu können.“

Zusätzlich werden Spezialeinheiten eine Truppe zur Bekämpfung des Terrorismus (Counterterrorism Force) bilden, die – von einer erheblich aufge-

stockten Drohnenflotte Großbritanniens und der USA unterstützt – auch über 2014 hinaus Jagd auf Aufständische machen. Die in der Außenwirkung verheerenden und die Bevölkerungen traumatisierenden night raids, nächtliche Hauserstürmungen, die in vielen Fällen mit exzessiver Gewaltanwendung, Zerstörung von Eigentum und Misshandlung von Frauen und Kindern verbunden sind, werden an die afghanischen Streitkräfte delegiert.

Waffen, Etiketten und Strategien wechseln. Der Krieg aber geht weiter. Den NATO-Staaten geht es nicht primär um humanitäre Erwägungen. Es geht um die militärische Absicherung wirtschaftlicher Einflusszonen, um den Zugriff auf die enormen Gas- und Ölresourcen in den angrenzenden Staaten, um den geostrategischen und militärischen Einfluss in Zentralasien. Die NATO ist in Afghanistan ein Teil des Problems, nicht der Lösung.

Malalai Joya war die jüngste Abgeordnete des afghanischen Parlaments. Sie kämpft für die Rechte der unterdrückten Frauen und gegen die Macht der Islamisten, der Drogenbarone und Warlords. Wegen ihrer Kritik wurde sie 2007 aus dem Parlament ausgeschlossen. Im vergangenen Jahr sprach sie auf der Großdemonstration gegen die NATO-Kriegstagung in München:

„Die westlichen Medien sprechen von Demokratie und Befreiung Afghanistans. Doch die USA und ihre Verbündeten sind damit beschäftigt, unser verwundetes Land in ein Land der Kriegsherren, der Verbrecher und der Drogenbarone zu verwandeln, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschlachten von Zehntausenden in vergangenen Jahrzehnten. Trotzdem nehmen sie wichtige Regierungsämter ein.“

Nächstes Kriegsziel Iran?

Der Kampf des Westens um die profitable Ausbeutung der iranischen Ölquellen erreichte seinen ersten Höhepunkt bereits Anfang der 1950er Jahre, als der demokratisch gewählte iranische Ministerpräsident Mossadeq die Verstaatlichung der Ölindustrie durchsetzen wollte und durch die CIA aus seinem Amt geputscht wurde. Iran verfiel nach Saudi Arabien über die größ-

ten Ölreserven, nach Russland über die größten Gasreserven der Welt. Im Konfrontationskurs gegen den Iran geht es auch heute nicht um ein von Israel, den USA und den EU-Staaten behauptetes iranisches Atomwaffenprogramm. Tatsächlich bedroht der Iran weder seine Nachbarstaaten noch Europa oder die USA. Der von Israel und den USA provozierte Atomkonflikt

dient nur als Vorwand dafür, die Kontrolle über die Golfregion und ihre Energieressourcen notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Der US-Militäraufmarsch am persischen Golf, die zahlreichen US-Basen in Förderländern und entlang der Pipeline- und Tankerrouten unterstreichen den imperialen Vorherrschaftsanspruch der USA, der von den NATO- und EU-Ver-

bündeten weitgehend unterstützt wird. Bis heute verlangt der Westen nichts weniger als die Kapitulation des Iran – die Einstellung von Uran-Anreicherung für friedliche Zwecke, wie sie Teheran genauso wie allen anderen Staaten laut Atomwaffensperrvertrag zusteht. Stattdessen diktiert man dem Iran Bedingungen, die keinem anderen Staat zugemutet werden. – Für ernsthafte Verhandlungen ist das keine Basis. Mit dem absehbaren Scheitern aber wächst die Wahrscheinlichkeit einer „militärischen Lösung“.

DAUERALARME

Seit 20 Jahren behaupten Regierungsmitglieder Israels sowie Politiker und Medien in den NATO-Ländern, der Iran stehe kurz vor der Entwicklung eigener Atomwaffen. Diese Propagandaoffensive dauert bis heute an, obwohl alle Berichte der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bisher keinerlei Belege für ein iranisches Atomwaffenprogramm geliefert haben.

New York Times, 30.11.1992: „Iran könnte eine Atombombe bis 2000 entwickeln.“

Ehud Barak, 1996 israelischer Außenminister, im UN-Sicherheitsrat: „Iran wird in acht Jahren in der Lage sein, Atomwaffen herzustellen.“

SZ, 04.08.2003: „Nach Meinung von Experten könnte Iran bereits in zwei oder drei Jahren Atomwaffen herstellen.“

SZ, 14.12.2005: „Israel: Iran steht kurz vor der Atombombe.“

Bild, 15.12.2005: „Der gefährlichste Mann der Welt – Er will Israel vernichten – Er baut die Atombombe – Stürzt er uns in den nächsten Krieg?“

Bild, 05.02.2010: „Jetzt hat der Irre von Teheran Pläne für Atomsprenkkräfte!“

Bild, 18.02.2010: „Nun ist es offiziell: Der Iran baut an Atomsprenkkräften, will die Welt mit Massenmord bedrohen!“

SZ, 29.06.2010: „CIA: Iran kann in zwei Jahren Atombombe bauen.“

Bild, 08.11.2011: „Irans Atombombe fast fertig – Gibt es noch dieses Jahr Krieg?“

Handelsblatt, 26.05.2012: „US Experten: Iran hat genügend Uran für fünf Atombomben.“

Bild, 09.12.2012: „Iran könnte in 10 Monaten Atombombe bauen!“

Alles erfunden und gelogen.

Nicht der Iran, sondern Deutschland verstößt gegen den Atomwaffensperrvertrag

Während die Bundesregierung dem Iran unterstellt Atomwaffen herzustellen, hält sie selbst ein Arsenal in Bereitschaft, das im Ernstfall ganz Europa auslöschen würde: Auf dem Bundeswehr-Luftwaffenstandort Büchel in der Eifel sind seit Jahrzehnten ca. 20 US-Atombomben mit variabler Sprengkraft von jeweils mehreren Hiroshima-Bomben stationiert. Für den Ernstfall werden 46 Tornado-Kampfflugzeuge in Bereitschaft gehalten. Das Jagdbombergeschwader 33 der Bundeswehr übt in Trainingsflügen den Abwurf der A-Waffen. Das Pentagon arbeitet an der Modernisierung dieser B-61 Bomben.

Die Lagerung der US-Atomwaffen und die Beteiligung Deutschlands an einem möglichen Einsatz – die in der NATO als „Nukleare Teilhabe“ bezeichnet wird – ist ein Verstoß gegen Artikel II des Atomwaffensperrvertrages, in dem sich alle Nicht-Atomwaffenstaaten verpflich-

tet haben, Kernwaffen von niemandem anzunehmen. Wörtlich heißt es dort:

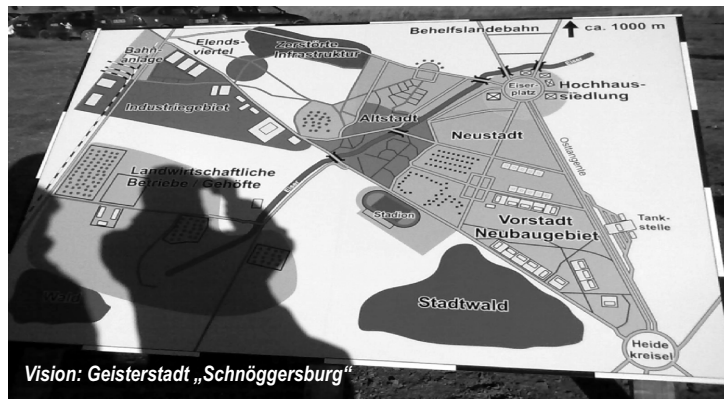
„Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonst wie zu erwerben.“

Deshalb muss die Bundesregierung die Bereitstellung der deutschen Tornado-Flugzeuge für diese US-Atomwaffen und die Ausbildung der Bundeswehr für den Abwurf der Atomwaffen beenden und das Stationierungsabkommen für die Lagerung der US-Atomwaffen in Deutschland kündigen.

Dazu braucht Deutschland weder die Genehmigung der NATO noch die Zustimmung der USA.

Krieg beginnt auf dem Gefechtsfeld mitten in Deutschland

Regierung gesichert, Slums befriedet! Auf dem „Gefechtsübungszentrum“ (GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide/Altmark nahe Magdeburg werden Soldaten der Bundeswehr-Bodentruppen an 250 Tagen im Jahr in zweiwöchigen Trainings unter „realistischen Bedingungen“ auf den Kriegseinsatz vorbereitet und für Häuserkampf trainiert. Dazu entsteht auf einem Gelände des Rüstungskonzerns Rheinmetall für 100 Millionen Euro derzeit die *Phantomstadt Schnögersburg* mit allem, was zu einer Stadt „in Zielgebieten“ gehört:



Regierungsviertel, Industriegebiet, Altstadt, Moscheen, Kirchen, Krankenhäuser, Elendsviertel, 20 km Straßen, Auto- und sogar U-Bahn, Kanalisation und ein Fluss. Laut Kommandantur soll es eine Stadt werden, wie sie „überall auf der Welt stehen könnte“. Künftige Kriege und Aufstandsbekämpfung sollen hier möglichst „realitätsnah“ im Rollenspiel von Luft- und Bodenmilitärtruppen geübt werden. Das Gelände soll auch befreundeten Armeen der NATO- und EU-Staaten „zu Übungszwecken“ zur Verfügung gestellt werden. ■

Deutscher Waffenexport – Beihilfe zum Massenmord

Deutschland ist europaweit der größte Exporteur von Waffen und Rüstungsgütern, nach den USA und Russland der drittgrößte in der Welt. Zur routinierten Schamlosigkeit, mit der die Bundesregierung ihren Rüstungsexportbericht verkaufte, passt Kriegsmminister de Maizières Beteuerung wie die Panzerfaust aufs Auge: „*Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten*“. Es komme darauf an, was man damit macht. Was auch immer die reaktionären Regimes mit den Waffen machen, die ihnen Deutschland liefert: Krauss-Maffei-Wegmann, Diehl, Heckler und Koch, EADS und andere Rüstungskonzerne machen auf jeden Fall eines damit: ein Bombengeschäft! Die deutschen Rüstungsexporte sind im Zeitraum von 2006 bis 2010 im Vergleich zum Fünfjahreszeitraum vorher um 100% gestiegen. Zwar ist die Ausfuhr von Kriegswaffen gegenüber dem Rekordjahr 2010 zurückgegangen.

Aber die erteilten Exportgenehmigungen (2011 mit 10,8 Mrd. Euro fast doppelt so hoch wie 2010) bescheren der Rüstungsindustrie schon jetzt so volle Auftragsbücher wie noch nie: 270 Kampfpanzer und mehrere Hundert Radpanzer nach Saudi-Arabien, 100 Kampfpanzer und 50 Schützenpanzer nach Indonesien, Torpedos und Gefechtsysteme für U-Boote nach Indien, Patrouillenboote nach Angola ... Auffällig ist, dass sich aufgrund klammer Kassen in den NATO- und EU-Ländern das Rüstungsgeschäft zunehmend in Nicht-NATO/EU-Staaten z.B. nach Asien und in den nahen und mittleren Osten verlagert (42% gegenüber 29% im Vorjahr).

Andere schießen lassen

Bundeskanzlerin Merkels neue außenpolitische Doktrin rollt der Rüstungsindustrie für ihr blutiges Geschäft einen goldenen Teppich aus: „*Wer sich der*

Friedenssicherung verpflichtet fühlt, aber nicht überall auf der Welt eine aktive Rolle in der Friedenssicherung übernehmen kann, der ist auch dazu aufgefordert, vertrauenswürdigen Partnern zu helfen, damit sie entsprechende Verantwortung übernehmen.“ Zu deutsch: Wir liefern die Panzer, das Töten übernehmen andere. Zuden vertrauenswürdigen Empfängern deutscher Waffen und Rüstungsgüter zählten schon früher autoritäre Regime in Tunesien und Ägypten oder Libyen. 2011 ging ein großer Teil der Kriegswaffen in Länder wie Brunei, Singapur und Irak – Länder, die autoritär regiert und/oder in denen Menschen gefoltert und Minderheiten unterdrückt werden. Noch deutlicher wird die Scheinhelligkeit der deutschen Exportpolitik bei den Kleinwaffen. Noch nie war der Wert für die Ausfuhrerteilung von Kleinwaffen in Nicht-NATO-Länder so hoch. Hauptempfängerländer sind Saudi-Arabien, Bahrain, Brunei, Indien, Indonesien, Irak, Süd-Korea, Libanon, Malaysia, Oman, Philippinen, Taiwan und die Vereinigten Arabischen Emirate, alles Länder, die entweder in höchst militarisierten Spannungsgebieten liegen oder die repressiv im Inneren vorgehen oder beides.

64 Länder, deren Menschenrechtslage von BICC (Bonn international center for conversion) als „sehr bedenklich“ eingestuft wird, erhielten Rüstungsgüter aus Deutschland (gegenüber 48 im Vorjahr).

KRIEGSNOBELPREIS FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Deutschland hält den 3. Platz. Aber: Der Friedensnobelpreisträger EU ist Weltmeister im Rüstungsexport! ■



... oder doch lieber Tod für das Geld?!

Deutschland ist Zulieferer für das schwimmende Atomarsenal Israels

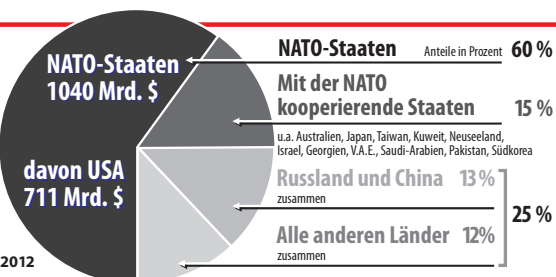
Vier der modernsten Dolphin-U-Boote hat Deutschland bereits an Israel geliefert, zwei weitere dieser atomwaffenfähigen U-Boote sollen bis 2015 ausgeliefert werden. In Israel werden sie mit nuklear bestückten Marschflugkörpern hochgerüstet.

Kanzlerin Merkel bestätigte das auf ihre Weise: Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen, mit welchen Waffen die Israelis die aus Deutschland gelieferten U-Boote bestücken.

Günter Grass hatte völlig recht, als er sagte, dass Deutschland damit zum „Zulieferer eines Verbrechens werden könnte“, weil die „Spezialität“ dieser U-Boote darin besteht, „alles vernichtende Sprengköpfe“ auch gegen den Iran einzusetzen.

WELT-MILITÄR-AUSGABEN: 1.738 Mrd. US-DOLLAR IM JAHR 2011

SIPRI-Jahrbuch 2012



„Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren“, sagt der Schweizer Soziologe und langjährige UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Jean Ziegler. „37.000 Menschen verhungern jeden Tag, und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. ... Aber die Menschheit verfügt über die Mittel, diesen entsetzlichen Missstand zu beseitigen. Die Lösungen sind bekannt“.

Mehr als 1 Billion Dollar gaben die reichen Staaten der NATO im Jahr 2011 für Militär, Rüstung und Krieg aus. Bereits ein kleiner Bruchteil dieser Summe würde ausreichen, um Hunger und die extreme Armut auf der Welt dauerhaft zu beseitigen. ■

Aufruf zu den Protesten gegen die NATO-Kriegstagung in München 2013

Kein Frieden mit der NATO

Aktiv werden gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“

Im Februar treffen sich in München wieder hochrangige Politiker_innen und Kriegsstrategen, Vertreter von Wirtschafts- und Rüstungskonzernen – vorwiegend aus den NATO- und EU-Staaten – zu ihrer so genannten Sicherheitskonferenz. Dort werden Strategien beraten, mit denen sie ihre wirtschafts- und machtpolitischen Interessen weltweit durchsetzen wollen. Sie reden von Frieden und Sicherheit, aber sie sind die Repräsentanten eines Systems, das zwangsläufig Kriege herbeiführt.

Deshalb demonstrieren wir gegen Rüstung und Krieg, für Frieden und Abrüstung.

Sie reden von Sicherheit – und drohen mit neuen Kriegen.

Altbekannte Lügen, wie schon vor dem Irak- und Afghanistankrieg dienen als Vorwand für immer lauter werdende Kriegsdrohungen gegen den Iran. Ihre Sanktionen gegen den Iran dienen nicht einer Verhandlungslösung im Atomkonflikt, sondern der Kriegsvorbereitung.

Nötig wäre eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten. Stattdessen heizt Deutschland den Konflikt an, liefert atomwaffenfähige U-Boote an Israel und Panzer an Saudi Arabien und Katar.

Sie heucheln Betroffenheit über das Blutvergießen im Bürgerkrieg in Syrien und sind mit ihren Waffenlieferungen für die Rebellen selbst Teil dieser Kriegsverbrechen. Es geht dabei nicht um ein Ende des Blutvergießens, sondern um einen Regimewechsel in Syrien – auch als Vorbereitung eines Angriffs auf den Iran.

Nötig wäre die einseitige Parteinahme zu beenden und alle Waffenlieferungen und sonstigen Kriegsunterstützungen einzustellen. Erst so entsteht Raum für demokratische Lösungen des Konflikts.

Sie reden von atomarer Abrüstung – und modernisieren gleichzeitig ihre Atomwaffenarsenale.

Im rheinland-pfälzischen Büchel lagern rund 20 US-Atomwaffen. Piloten der Bundesluftwaffe proben mit Tornado-Kampfflugzeugen den Einsatz dieser Atombomben. Damit verstößt Deutschland gegen den Atomwaffensperrvertrag und torpediert weitere Schritte zur atomaren Abrüstung.

Nötig wäre, dass die Bundesregierung ab sofort den Atomwaffensperrvertrag respektiert, dass sie weder Bomberpiloten und Kampfflugzeuge noch Atomwaffen-depots zur Verfügung stellt.

Sie reden von Demokratie

– aber rüsten die Bundeswehr für den Einsatz nach innen und außen auf.

Die Bundeswehr nistet sich in Bildungseinrichtungen und Kommunen ein und militarisiert immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Die Bundeswehr wird – im Widerspruch zum Grundgesetz – zu einer international einsetzbaren Interventionsarmee umgerüstet. Im kommenden Jahr erreichen die Militärausgaben den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik, und zur Perfektionierung der Kriegsführung plant die Bundesregierung die Anschaffung bewaffneter Kampfdrohnen.

Nötig wäre eine wirkliche Friedenspolitik ohne Bundeswehr.

Deutschland, den NATO- und EU-Staaten geht es um die Absicherung einer Weltordnung, in der sich bei Wenigen immenser Reichtum anhäuft, während Millionen auf der Welt verhungern.

In Deutschland besitzt 1% der Bevölkerung fast die Hälfte des Geldvermögens. Weltweit verfügt das reich-

te Zehntel über Dreiviertel allen Reichtums. Gleichzeitig verhungert alle 5 Sekunden ein Kind oder stirbt an einer leicht heilbaren Krankheit.

Die Herrschaften, die sich im sich im Bayerischen Hof zur sog. Sicherheitskonferenz treffen, sind mitverantwortlich für die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Sie ruinieren ganze Länder und verursachen millionenfaches Flüchtlingselend. Sie sind die Repräsentanten dieses mörderischen kapitalistischen Systems, das sowohl die Menschen als auch die Natur ruiniert. Ihre Politik ist auch der Nährboden für Nationalismus, Rassismus und Faschismus.

Mit ihrer medialen Propaganda zielen sie darauf, dass die Menschen stillhalten – aus Angst vor Arbeitslosigkeit, Sorge um die Zukunft ihrer Kinder, Ohnmacht gegenüber dem Terror der Finanzmärkte. Die Münchner „Sicherheitskonferenz“ ist dafür und zur Rechtfertigung ihrer Kriegspolitik eines der weltweit wichtigsten Propagandaforen.

Wir aber lassen uns nicht einschüchtern.

Wir wenden uns gegen dieses System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und über Leichen geht. Wir treten ein für Menschenwürde, globale Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen – gegen Ausbeutung und Krieg.

Krieg beginnt hier.

Deutschland liegt bei den Rüstungsexporten auf Platz drei der Weltrangliste, und direkt vor unserer Haustür befinden sich einige der größten Waffenschmieden. Sie machen Millionen-Profit mit der Beihilfe am weltweitesten Massenmord.

Deshalb gehen wir auf die Straße

- Gegen Kriegsgeschäfte und militärische Machtpolitik
- Für Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit – Für eine Welt ohne Atomwaffen

- Gegen Militarisierung der Gesellschaft, gegen Nationalismus und Rassismus
- Für internationale Solidarität und Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen
- Gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Bundeswehr raus aus Bildungseinrichtungen, Jobcentern, Kommunen und Messen
- Für die Auflösung der Interventionstruppen und letztlich der Bundeswehr
- Für den Austritt Deutschlands aus der NATO und allen EU-Militärstrukturen
- Für die Auflösung der NATO
- Gegen alle Waffenexporte. Für den Einsatz der Rüstungs- und Kriegsmilliarden zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt

Ohne massiven Druck von unten werden die Regierenden ihre Rüstungs- und Kriegspolitik nicht ändern. Überlebensnotwendig ist daher, dass alle, die einen Wandel herbei führen wollen, sich organisieren und gemeinsam handeln. Deshalb:

Kommt nach München!

Beteiligt Euch an der Großdemonstration gegen die NATO-Kriegskonferenz am Samstag, 2. Februar 2013, 13⁰⁰ Stachus (Schlusskundgebung gegen 15⁰⁰ Uhr am Marienplatz)

Unterstützungserklärungen

bitte bald zusenden, entweder online per e-mail: gegen@sicherheitskonferenz.de oder per Fax: 089-168 94 15

Überweisungen bitte auf das Bündniskonto: Martin Löwenberg, Kto.-Nr.: 472 233 701, BLZ: 600 100 70, Postbank Stuttgart, „SIKO 2013“ www.sicherheitskonferenz.de/Aufruf-unterstuetzen

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ
www.sicherheitskonferenz.de

DEN AUFRUF UNTERSTÜTZEN FOLGENDE GRUPPEN. ALLE EINZELPERSONEN FINDEN SIE AUF UNSERER WEBSITE

GRUPPEN: AFI – Augsburgs Friedensinitiative • ALIM antikapitalistische Linke München • Arbeitergesewer Max-Müller-Straße, München • Arbeitsgemeinschaft International Dörfer • Allgäuer Initiative Palästina-Israel • AnaRoKomm (AnarchistInnen/RätekommunistInnen München) • attac Deutschland • BAK AuF – Bundesarbeitskreis Antimilitarismus und Frieden von Die Linke, SDS und Linksjugend [solid] • BIFA – Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung • BOLA – Basisorganisation Linksabbieger • Bundesanarchistischer Friedensrat • Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim • BürgerInnen gegen den Krieg (Landkreis Ebersberg) • Deutscher Freidenker Verband – LV Bayern • DFG-VK – Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe

Augsburg • DFG-VK – Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen LV Bayern • DFG-VK – Gruppe Erlangen • DFG-VK – Gruppe München • DIF – Föderation demokratischer Arbeitervereine aus der Türkei, München • DIE LINKE, Kreisverband München • DIE LINKE, im Stadtrat München • DIE LINKE, Landesverband Baden-Württemberg • DIE LINKE, Landesverband Bayern • DKP – Deutsche Kommunistische Partei, München • DKP-Gruppe Neuhausen • Feministische Partei DIE FRAUEN • Friedensbewegung Ingolstadt • Friedensbündnis Karlsruhe • Friedensgruppe Reutlingen • Friedensinitiative Bruchsal • Friedensinitiative Traunstein • Friedensrat Traunreut • Friedensplenum Tübingen • GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bayern • GSOA

– Gruppe für eine Schweiz ohne Arme • IFFW/LWLP – Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit • IL Interventionistische Linke Karlsruhe • IMI – Informationsstelle Militarisation Tübingen • Internationaler Versöhnungsbund – Aktivengruppe München • IW-Leserinitiative München • Kampagne TATORT Kurdistan • KJO – Kommunistische Jugend Österreichs • Linksjugend [solid] Bundesverband • Linksjugend • MLPD Landesverband Bayern • MLPD München • Kommunistische Jugend Österreichs • MAPC – Munich American Peace Committee • MLPD Landesverband Bayern • MLPD München • Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus • Münchner Friedensbündnis • Münchner Kampagne „KEIN KRIEG GEGEN IRAN“ • Münchner Montagsdemo „Hartz IV muss weg“ • Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg • Nord Süd Forum München e.V. • Öku-

menisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. • Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands • OTKM – Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisation Stuttgart • Rockkabarett Ruam • SALAM SHALOM Arbeitskreis Palästina-Israel e.V. • SDAJ München – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend München • Sozialistische Alternative (SAV) Nürnberg • Erlangen • Trägerkreis EineWeltHaus München e.V. • Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung • Venezuela Avanza München • VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Kreisverband Augsburg • Welt ohne Kriege e.V. • YEK-KOM e.V. Föderation kurdischer Vereine in Deutschland • YKK – Verband Studierender aus Kurdistan • (Stand: 03.01.2013)

Alle weiteren UnterzeichnerInnen ab dem 3. Januar veröffentlichten wir auf der regelmäßig aktualisierten Website:

www.sicherheitskonferenz.de

Unterstützen Sie die Anti-Siko-Aktionen

Die Protest-Aktionen, die wir jedes Jahr organisieren, kosten viel Geld. Lautsprecheranlagen, Plakate und Flugblätter wie diese müssen bezahlt werden. Spendet also großzügig nach persönlichem Vermögen!

SPENDENKONTO Martin Löwenberg, Kto.-Nr.: 472 233 701, Postbank Stuttgart, BLZ: 600 100 70, Stichwort: „Siko 2013“

IMPRESSUM Herausgeber: Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz V.i.S.d.P.: Claus Schreer, Joh.-v.-Werth-Str. 3, 80639 München, Eigendruck im Selbstverlag, Titelgrafik: Thomas J. Richter, Gestaltung: Wob

REDAKTION Wolfgang Blaschka, Franz Iberl, Wolf-Christian Linhardt, Bernd Michl, Claus Schreer

Veranstaltungen, Ausstellungen und Demonstrationen



Bis Mittwoch, 30.01.2013 **AUSSTELLUNG** „Wir produzieren Sicherheit“ im EineWeltHaus-Foyer, Schwanthalerstraße 80. Mit Fotos, Grafiken und Fakten werden die Wirtschafts- und Machtinteressen der imperialistischen Staaten beleuchtet, insbesondere ihr Vorherrschaftsanspruch über den Nahen- und Mittleren Osten und über die größten Öl- und Gasvorkommen der Welt.

Sa, 26.01.2013 **SATIRISCHE JUBELDEMO** „Ziviler Gehorsam jetzt!“ 14.00 Uhr Sendlinger Tor zum Bayerischen Hof



Donnerstag, 31. Januar 2013, 18 Uhr im Gewerkschaftshaus – Großer Saal, Schwanthalerstraße 64, U4/U5 Theresienwiese. **ANTI-KRIEGSFORUM: KRIEG GEGEN IRAN?** mit Bahman Nirumand: „Ultimaten. Sanktionen. Krieg? Der Konfrontationskurs Israels, der USA und der EU-Staaten gegen den Iran“ und Claudia Haydt: „Die deutsche Nah-Ost Politik und die militärische Aufrüstung der Region“ ■ Eintritt: 6.– Euro, ermäßigt 4.– Euro. ■ Veranstalter: GEW – Stadtverband München / Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz / Münchner Kampagne „Kein Krieg gegen Iran“ / Münchner Friedensbündnis / Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus / DFG-VK München /



Freitag, 01.02.2013 19.00 Uhr im Alten Rathaus **INTERNATIONALES FORUM** „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ mit Franz Alt: Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne, Hanne-Margret Birckenbach: Friedenslogik oder Sicherheitslogik, Tomas Hirsch (Chile): Gewaltfreie Wege des Regimewechsels ■ Eintritt: 7 Euro, erm. 4 Euro, Solidaritätsbeitrag 10 Euro

Samstag, 02.02.2013 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus – Großer Saal, Schwanthalerstraße 64, U4/U5 Theresienwiese. **AKTUELLE RUNDE: Klima – Energie – Gerechtigkeit – Frieden. Konzepte und Konflikte** Infos: www.friedenskonferenz.info



GROSSEDEMONSTRATION GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG IN MÜNCHEN

mit Claudia Haydt (IMI), Brigitte Kiechle, „Tatort Kurdistan“, Norman Paech, Völkerrechtler und Ludo Vici, Kabarettist **Samsatag, 2. Februar**, Auftakt: 13⁰⁰ Stachus, Schlusskundgebung: 15⁰⁰ Marienplatz ■ www.sicherheitskonferenz.de